Nr. 251 * Ausgabe B Nr. 124
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 251

Abend-Ausgabe

Dienstag, 31. Mai 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Umrisse des Reparationsprogramms.

Die kommenden Steuern.

E. D. In einigen Zeitungen sind bereits Mitteilungen über das große Reparationsprogramm der Reichsregierung gemacht worden. Diese Meldungen sind dann aber sehr rasch wieder dementiert worden. Wir erinnern dabei an das Gerücht, daß alle Schmucksachen beschlagnahmt werden sollen, und wir verzeichnen im Vorübergehen die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung" über eine Reichsbeteiligung an ländlichen und städtischen Grundbesitz und an allen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen. Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Ressorts, wie das Reichsfinanz-, das Reichswirtschafts- und das Wiederaufbauministerium zunächst einmal, unabhängig voneinander, Vorschläge für das Programm gemacht haben. Diese Entwürfe, die sich zum Teil kreuzen, unterliegen zurzeit der Prüfung. Die Verhandlungen darüber sind im Schoße des Kabinetts noch nicht abgeschlossen, so daß sich im Augenblick noch keine bestimmten Beschlüsse verzeichnen lassen. Trotzdem möchten wir nachstehend die Umrisse des Reparationsprogramms zeichnen, wie es voraussichtlich, vielleicht mit einigen Aenderungen und Ergänzungen, schließlich aus den Beratungen des Kabinetts und der Sachverständigen hervorgehen dürfte.

Die Wiedergutmachungsforderungen der Entente, die Deutschland durch die vorbehaltlose Unterzeichnung des Ultimatums angenommen hat, zerfallen in zwei Teile: 1. in Jahresleistungen von zwei Milliarden Goldmark und 2. in eine 26prozentige Exportabgabe. Die Annuitäten beanspruchen nach dem gegenwärtigen Valutastande einen jährlichen Betrag von etwa 24 Milliarden Papiermark, der vom Fiskus aufgebracht werden muß. Dafür sind neue direkte und indirekte Steuern sowie Monopole in Aussicht genommen. Im Vordergrunde dieser Projekte steht **die Erhöhung der Kohlensteuer.** Bekanntlich sind wir nach dem Spaa-Abkommen verpflichtet, Frankreich, Belgien und Italien monatlich insgesamt über zwei Millionen Tonnen Kohlen zum deutschen Inlandspreis zu überlassen. Da der Weltmarktpreis ganz wesentlich höher ist, machen wir dabei ein schlechtes Geschäft. Bringen wir nun durch eine kräftige Anziehung der Steuerschraube die Inlandskohlenpreise auf den Weltmarktpreis, so würde die Entente bei der Abnahme unserer Kohlen einen nicht unbeträchtlichen Teil der Annuitäten durch die Bezahlung der höheren Preise aufbringen. Allerdings dürften die Rückwirkungen auf das gesamte Preisniveau in Deutschland selbst nicht ausbleiben. Vorgesehen ist daneben die **Monopolisierung des Kohlenhandels, des Kalis und des Zuckers,** des weiteren eine Erhöhung der Branntwein- und der Tabaksteuer. Eine hervorragende Rolle spielt ein sogenanntes **Kapitalverkehrsfluchtgesetz,** das vor allem die Spekulation und die Gesellschaftsumgründungen steuerlich schärfer erfassen soll. Dabei handelt es sich um eine Erhöhung der Sätze bei der **Börsenumsatzsteuer,** beim **Gesellschaftsstempel** und bei der **Aufsichtsratssteuer.** Dazu kommt eine **Heraufsetzung der Körperschaftssteuer,** die heute 10 Prozent beträgt. Auch eine **Erhöhung der Umsatzsteuer** ist in Aussicht genommen. Aber man muß starke Bedenken gegen eine zu beträchtliche Heraufschraubung dieser Steuer äußern. Vom Reichswirtschaftsministerium ist, so viel wir wissen, auch eine **Reichsgrundsteuer,** besonders für landwirtschaftliche Grundstücke, vorgeschlagen worden.

Um die Aufbringung der **26prozentigen Exportabgabe** will der Staat als solcher sich nicht sorgen. Das soll Handel, Gewerbe und Industrie selbst überlassen bleiben. Ob das nun durch Zusammenschluß der einzelnen Branchen in Syndikaten auf dem Wege eines Umlageverfahrens geschehen oder ob man der Entente ein anderes Indexschema als Grundlage für eine steigende Beteiligung an der wirtschaftlichen Ausgestaltung Deutschlands unterbreiten soll, ist noch strittig. Hier wird der Reichswirtschaftsrat als das zuständige Gremium der Sachverständigen ein gewichtiges Wort zu sprechen haben. Fest steht nur, daß das Reich von sich aus durch Steuern oder dergleichen diese Exportabgabe nicht aufzubringen gedenkt.

Soweit die finanziellen Möglichkeiten. Im Zusammenhang damit werden **große Sachlieferungen** in Betracht gezogen, wie sie auch bereits in dem Ultimatum der Entente als zulässig anerkannt worden sind. In dieser Frage wird das Aufbauministerium an erster Stelle berufen sein, Vorschläge zu unterbreiten.

Wie wiederholen, daß es sich in den vorstehenden Angaben nur um die Umrisse des großen Reparationsprogramms der Regierung handelt. Es ist durchaus möglich, daß dieses oder das andere Projekt bei den abschließenden Verhandlungen des Kabinetts fallen gelassen und durch ein anderes ersetzt wird.

*

Die Finanzminister der Länder beginnen morgen, wie wir hören, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in Berlin Beratungen über eine Reihe wichtiger finanzieller Fragen. Nach unseren Informationen wird hierbei die Erörterung, ob ein Eingriff in die Substanz des Volksvermögens durchführbar ist, eine besondere Rolle spielen. Man hat in bestimmten Kreisen die Absicht, eine **Bestandsaufnahme der in deutschem Besitz befindlichen Wertgegenstände (Gold, Juwelen usw.)** vorzunehmen. Hieran soll sich eventuell eine Einziehung dieser Gegenstände gegen Garantieschein an die Besitzer schließen. Die in den Tresors der Reichsbank überführten Wertsachen sollen dann von einer fremden, eventuell außereuropäischen Macht lombardiert werden. Ob diese Idee durchgeführt werden kann, wird die Aussprache ergeben müssen. Wir bemerken hierzu, daß auch diese Projekte sich vorläufig noch im Stadium der Erwägungen befinden.

Die Abzahlung der ersten Milliarde.

Weitere 50 Millionen Goldmark überwiesen.

Berlin, 31. Mai. (W. T. B.)

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der Reparationskommission werden heute in Paris weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen als zweite Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark angeboten, so daß also jetzt insgesamt 200 Millionen Goldmark angezahlt sind.

Das Programm der Reichsregierung.

Die Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett wird sich, wie wir erfahren, in seiner heutigen Sitzung mit der morgigen Regierungserklärung beschäftigen. Die leitenden Gedanken sind vom Finanzministerium und Wirtschaftsministerium ausgearbeitet und in Vorbesprechungen beraten und ergänzt worden. Die endgültige Entscheidung in den noch schwebenden Fragen wird heute nachmittag erfolgen.

Briand und Deutschland.

Von unserem Korrespondenten

Paul Block.

L Paris, 27. Mai.

Bisher sind noch wenige Nachrichten über den Eindruck der französischen Kammerdebatten in Deutschland nach Paris gelangt, aber aus den kurzen Telegrammen läßt sich entnehmen, daß die Haltung Briands einige Ueberraschung verursacht hat. Das ist kein Wunder, denn auch in Paris bestand keine Klarheit darüber, wie der Ministerpräsident sich über die Fragen äußern würde, die im Augenblick die öffentliche Meinung der Welt beschäftigen und besonders auf das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland einen bestimmenden Einfluß ausüben.

Männer, die Aristide Briand nahe stehen, hatten schon unmittelbar nach dem Concordat von Paris die Behauptung zu verbreiten gesucht, daß es falsch sei, in ihm einen Imperialisten oder einen unerbittlichen Feind Deutschlands zu sehen. Aber es gab so drohende Beschlüsse, daß es wohl auch den größten Optimisten schwer werden mußte, an irgend etwas anderes zu glauben, als an die Gewalt der Macht. Ich hatte in jenen Tagen nach dem 29. Januar eine Unterhaltung mit einem französischen Deputierten. Dieser Mann wußte, daß ich in früheren Zeiten oft den von allen Sozialisten aufs härteste angegriffenen „Renegaten" Briand in Gesprächen und Zeitungsartikeln verteidigt hatte, und er meinte deshalb, daß ich für seine Persönlichkeit freies Verständnis haben müsse. Leider ging diese schmeichelhafte Ansicht in die Brüche, weil ich auf alle Versicherungen, daß Briand ein überzeugter Gegner jeder Gewalt sei und daß er die Kammer und die öffentliche Meinung erst langsam bearbeiten müsse, um sie für seine Gedanken reif zu machen, immer nur antworten konnte: sein Wort ist Drohung, sein Ziel Unterdrückung. Und die Tatsachen, die bekannt wurden, sprachen leider für diese Auffassung deutlicher als die feinste Psychologie.

Heute traf ich meinen Bekannten aufs neue. Mit siegreichem Lächeln fragte er: „Nun —?" Die Antwort war: „Abwarten!" Und wahrhaftig, es läßt sich im Augenblick nichts anderes sagen, als diese philiströse Banalität, denn erst in den nächsten Wochen kann sich erweisen, ob Briand der große Staatsmann ist, den seine Freunde in ihm erkennen oder vielmehr der große Opportunist, der, wie seine Gegner behaupten, seine Meinung den Umständen anbequemt.

Daß er ein glänzender Redner und ein parlamentarischer Strategen ersten Ranges ist, hat er, wie schon oft, auch in diesen heißen Debatten aufs neue gezeigt. Er hatte mit Strömungen zu rechnen, die auch dem erfahrenen Schiffer — er selbst rühmt sich gern seiner Liebe zum Meer — gefährlich werden können. Der Bruch mit England schien unvermeidlich. Die Auseinandersetzung mit Lloyd George hatte sich so zugespitzt, daß ganz Frankreich eine scharfe Antwort verlangte. Schon wurde von Fascioda gesprochen, schon den Bundesgenossen vorgerechnet, was sie alles durch Frankreich und auf Kosten Frankreichs eingehamstert hätten. Dazu kam, daß die Verhandlungen in London über die deutschen Verpflichtungen lange nicht das eingebracht hatten, was die öffentliche Meinung erhoffte. Dazu kam das nicht eingehaltene Versprechen der Besetzung des Ruhrgebiets. Dazu kam endlich der ganze Wirrwarr aus Oberschlesien, den die Polen, die sich durch französische Schuld jetzt schon als den Mittelpunkt europäischer Politik betrachten, mit einer grotesken Gewissenlosigkeit immer wilder gestalten. Frankreich war von England verletzt, von Deutschland übervorteilt, von seinen polnischen Schützlingen bei seiner Ritterlichkeit angerufen: was blieb dem „Opportunisten" Briand anderes übrig, als den englischen Hochmut zurückzuweisen, Deutschland ernstlich „am Kragen zu packen" und den armen Polen die erbettelte Belohnung für ihre zukünftigen Heldentaten zu versprechen? Tat er dies alles nicht, dann warteten schon die Verschwörer: Herr Klotz und Herr Tardieu, deren Lebenswerk der „Vertrag von Versailles" ist, dieses Meisterwerk, das Briand mit Rolands Stute verglichen hat: sehr schön war diese Stute, doch leider war sie tot"; Herr Forgeot, der beredte Apostel des erwarteten Messias Poincaré; Herr Maudel, der sich noch immer als Kabinettschef Clemenceaus fühlt, wird auf die Parlamentsintrigen ebenso belebend wirken, wie Nervenstärkung, die er sich vor heftigen Aufregungen unter die Haut spritzt; Herr André Lefèvre, die männliche Cassandra, die Frankreichs Untergang durch Deutschlands verborgenes Heer prophezeit. Allen diesen war Briand verfallen; und die ironische Wendung, die der vielgewandte Herr Philipp Milles für diese Situation fand, als er einen Artikel überschrieb: „Briand muß sterben!" entbehrte durchaus nicht der ernsteren Bedeutung, wenn unter dem Sterben der politische Tod verstanden wurde.

Alle diese Berechnungen und Vermutungen hat Briand zuschanden gemacht. Wir würden so einseitig und so haßerfüllt urteilen, wie es leider die Art der französischen Presse ist, wenn wir nicht zugeben wollten, daß seine große Rede vor der Kammer nicht nur die Leitung eines geschickten Politikers, sondern auch ein Zeugnis für die Begabung des Staatsmannes war. Er hat das zerrissene Band mit England befestigt, die Grenze gegen Deutschland nicht aufs neue verschlossen und dem Geschrei der öffentlichen Meinung einen Willen entgegengestellt. „Wagende fördert das Glück" — die Kammer fiel ihm zu, und die Anschläge seiner Feinde blieben ergebnislos. Zum ersten Male seit vielen Jahren wurde Deutschland im französischen Parlament nicht beschimpft, verhöhnt, verdächtigt; die frechen Späße bezahlter Zeitungsschreiber über Deutschlands Verlogenheit und Gemeinheit fanden keinen Widerhall.

Diese Haltung des Mannes, mit dem wir in dieser Zeit am meisten zu rechnen haben, muß jedenfalls beachtet werden. Gleichviel, wie unsere persönlichen Empfindungen sind: wir müssen jetzt abwarten, ob dieser Rede auch Taten folgen werden. Und nicht nur abwarten müssen wir; zu lange schon haben wir auf die Erfüllung unserer Träume gewartet. Wir müssen auch das Unsere tun, um den Weg zu bereiten, der zum

Der Streit um die Boulogner Konferenz.

Die Konferenz in Boulogne am 4. Juni?

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 31. Mai, 9 Uhr vormittags.

Die Konferenz des Obersten Rates wird wahrscheinlich doch diesen Sonnabend in Boulogne beginnen. Der Ton der englischen Note soll sehr dringend und ernst gewesen sein. Die Note ist dessen nicht veröffentlicht worden.

London, 31. Mai. (W. T. B.)

„Daily Telegraph" zufolge hat die britische Regierung Briand vorgeschlagen, entweder morgen oder Donnerstag in Boulogne eine Konferenz zwischen den Premierministern Englands und Frankreichs und dem italienischen Botschafter in Paris abzuhalten, um Einzelheiten des Sachverständigenausschusses zu regeln, dessen Bericht dann etwa innerhalb einer Woche bzw. einen Tagen nach der Zusammenstellung des Ausschusses einer Vollsitzung des Obersten Rates unterbreitet werden könnte.

Der englische Standpunkt.

London, 31. Mai.

Reuter erfährt: In maßgebenden britischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der letzte Vorschlag über die Ernennung einer Sachverständigenkommission nicht den Kern der oberschlesischen Frage trifft. Es handelt sich darum, zu beschließen, welches Land das gesamte oberschlesische Wirtschaftsdreieck erhalten soll. Die englische Regierung ist nach wie vor der festen Ansicht, daß der Oberste Rat so früh wie möglich zusammentreten solle.

„Times" melden, daß die französische Regierung dem Teil des britischen Planes zugestimmt hat, in dem vorgesehen wird, daß der westliche Teil Oberschlesiens zwischen den nördlichen und südlichen Zonen sofort unter Bewachung durch alliierte Truppen gestellt wird. Die französische Regierung lehnt es auch nicht bedingt ab, dem weiteren britischen Vorschlage zuzustimmen, nach welchem die Bezirke im Norden und Süden Oberschlesiens, die nach allgemeiner Ansicht an Deutschland beziehungsweise an Polen fallen sollen, sofort von der deutschen beziehungsweise polnischen Regierung besetzt werden sollen. Die Franzosen seien der Ansicht, daß, nachdem Korfanty sich bereit erklärte, seine Autorität an die interalliierte Abstimmungskommission abzutreten, keine Notwendigkeit für eine Einsetzung deutscher und polnischer regulärer Truppen bestehe.

Die britische Antwort an Frankreich läuft den „Times" zufolge darauf hinaus, daß erstens keine Anzeichen dafür bestehen, zweitens, wenn dies doch der Fall sei, das um so besser sei, denn es würde dann den Polen leichter sein, Pleß und Rybnik zu besetzen.

Die französischen Einwände gegen die Konferenz.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 31. Mai.

Es steht fest, daß die englische Regierung in ihrer letzten Note den Wunsch ausgedrückt hat, daß der Gedankenaustausch zwischen den Leitern der Regierungen so bald wie irgend möglich, am besten am Mittwoch oder Donnerstag, stattfinden müsse. Gegen die Bearbeitung der oberschlesischen Frage durch ein Kollegium von Sachverständigen haben die Engländer grundsätzlich nichts einzuwenden, doch bestehen sie darauf, daß die Beratungen dieser Sachverständigen nicht in Paris, sondern in Oppeln vor sich gehen. Die französische Regierung hält dagegen eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten vor der Formulierung eines Sachverständigengutachtens für nutzlos, sie ist vielmehr der Ansicht, daß erst die Beruhigung in Oberschlesien durch Einwirkung von Berlin und Warschau auf den General Höfer und Korfanty gesichert werden soll, daß danach die Sachverständigen sich ihre Ansicht bilden und daß hierauf erst im Besitz aller Unterlagen der Oberste Rat die Entscheidung ausspricht. Die französische Note, die diese Ansichten ausdrückt, geht heute früh ab. Es ist durchaus nicht sicher, daß die Meinungsverschiedenheiten beenden wird, obwohl die Demission des englischen Kommissars in Oppeln, des Obersten Percival als ein französischer Erfolg von den Zeitungen verzeichnet wird. Percival wird durch Sir F. Stuart, Mitglied der Rheinlandkommission ersetzt werden.